



„Anhalt in Action“ im Wahlkreisbüro
(Seite 6)



Landkreis bei Krankenhausversorgung
weiter in der Pflicht (Seite 7)



Marx zum 200. (Seite 3)

DIE LINKE ZEITUNG

05/2018

Spende erbeten

Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis

Wir brauchen dringend eine neue Entspannungspolitik

Rede von Sahra Wagenknecht zum Angriff auf Syrien (Auszug)



Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Außenminister Maas, in der letzten Woche stand die Welt so nah an der Schwelle eines heißen Krieges wie wahrscheinlich seit Jahrzehnten nicht mehr. Wer noch einen Beweis dafür brauchte, dass die USA von einem unzurechnungsfähigen Hasardeur regiert werden, dem hat Trump mit seinem berühmten Tweet den Beweis geliefert: „Get ready Russia ...“, eine de facto Kriegserklärung von einer Atommacht an eine andere Atommacht, mal eben per Twitter in die Welt posaunt. Man kommt sich manchmal vor wie in einem schlechten Science-Fiction-Film. Aber wenn dieser schlechte Film mit Hauptdarsteller Donald Trump ein schlimmes Ende hat, dann stehen wir am Ende nicht leicht benommen aus weichen Kinosesseln auf, sondern dann steht wahrscheinlich in Deutschland und Europa kein Kino mehr. Deshalb ist es verantwortungslos, hier nicht endlich aufzustehen und Nein zu sagen, ganz klar Nein, Schluss mit diesem Wahnsinn, Schluss mit dieser Gewaltspirale, Schluss mit dem fortgesetzten Bruch des Völkerrechts...

MdB Sahra Wagenknecht, Foto:DiG/Trialon

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

... Das, verdammt noch einmal, ist doch unsere Aufgabe, und es ist Ihre Aufgabe als Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

Natürlich haben wir unterstützt und positiv zur Kenntnis genommen, als die Bundeskanzlerin öffentlich versichert hat, dass sich Deutschland an den Militärschlägen nicht beteiligt. Aber Sie können doch gar nicht ausschließen, dass die Aufklärungstornados in Jordanien Daten für die Angriffe geliefert haben. Wir sind doch mittendrin, auch mit der AWACS-Beteiligung in der Türkei. Deswegen: Wenn Sie nicht wollen, dass Deutschland sich weiterhin an diesem eskalierenden Krieg beteiligt, dann ziehen Sie endlich die Bundeswehr aus diesem Pulverfass.

Selbstverständlich sind Giftgaseinsätze ein Kriegsverbrechen. Kriegsverbrechen müssen geahndet werden. Dafür gibt es das Haager Tribunal. Aber erst einmal muss geklärt werden, ob es einen solchen Einsatz gab. Wenn zu einem Zeitpunkt, zu dem selbst der US-Verteidigungsminister darauf hinweist, dass man nicht einmal weiß, ob Chemiewaffen eingesetzt wurden hat, wenn ja, wer den Auftrag dafür erteilt hat, wenn zu einem Zeitpunkt, als die Inspektoren, die genau das untersuchen sollen, gerade in Syrien ankommen, ein Land mit Hunderten Marschflugkörpern bombardiert wird, dann ist das nicht angemessen und notwendig, sondern

ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Nichts anderes ist das.

Und dann belehrt uns der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Herr Röttgen, dass – ich zitiere wörtlich – „die Übertragung der rechtsstaatlichen... Grundsätze... auf die zwischenstaatlichen Beziehungen... wirklich Unsinn“ sei. Ich weiß ja nicht, ob Herr Röttgen da für die Regierung spricht; aber wenn es so ist, stellt sich die Frage: Was soll denn nach Auffassung der Bundesregierung dann in den internationalen Beziehungen gelten, das Hausrecht des Stärkeren, also die Anmaßung des Landes mit den stärksten Waffensystemen und dem größten Atomknopf, überall auf der Welt die Erfüllung der eigenen ökonomischen Interessen, der Rohstoffinteressen, der Interessen an den Absatzmärkten herbeibomben zu können? Ist das tatsächlich Ihre Auffassung?

Herr Maas, was Sie eben gesagt haben, klang anders; aber es steht doch in vollem Widerspruch dazu. Genau so wurde ja auch in Afghanistan, im Irak, in Libyen und jetzt in Syrien gehandelt. Aber wohin hat denn das geführt? Wie viel Leid, wie viele Tote, wie viele Verbrechen sind durch diese unverantwortliche Politik verursacht worden?

Auch wenn das, was Sie eben gesagt haben, Herr Maas, deutlich moderater klang als das, was Sie in den letzten Wochen verlautbart haben, muss ich wirklich sagen: Die traurigste Rolle in diesem

ganzen Trauerspiel hat wirklich der neue deutsche Außenminister übernommen.

Wir hätten uns gar nicht vorstellen können, dass wir Linke uns einmal Herrn Gabriel als Außenminister zurückwünschen würden, und man muss auch sagen: Mit der Entspannungspolitik Willy Brandts hatte die deutsche Außenpolitik auch unter Gabriel nicht mehr viel zu tun. – Aber Herr Maas scheint jetzt wirklich seinen Ehrgeiz darauf zu richten, auch noch die letzten Reste der Brandt'schen Ostpolitik in der SPD zu entsorgen. Was hatte Herr Maas, als Trump seinen „Get ready Russia“-Tweet absetzte, öffentlich dazu zu sagen? Er hat gesagt: „Russland agiert ... zunehmend feindselig“. Ich weiß nicht, ob Sie da irgendwas verwechselt haben, Herr Maas. Am Vortag des Angriffs haben Sie, Herr Maas, sogar eine deutsche Beteiligung an diesem Wahnsinn in Aussicht gestellt und mussten dann von der Bundeskanzlerin wieder eingefangen werden.

Wir brauchen dringend eine neue Entspannungspolitik. Ich bitte Sie und fordere Sie auf: Haben Sie endlich den Mut zu einer eigenständigen Politik, einer Politik der guten Nachbarschaft, die auch gegenüber Russland wieder auf Interessenausgleich setzt! Das wäre im Interesse der Menschen hier in Deutschland und in Europa.

Sahra Wagenknecht,
Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag

Vor 75 Jahren begann der heroische Aufstand im Warschauer Ghetto

MdB Jan Korte, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion

Vor 75 Jahren begann der heroische Aufstand im Warschauer Ghetto. Vom 19. April bis 16. Mai 1943 versuchten bewaffnete jüdische Organisationen mit insgesamt rund 750 Kämpfern durch einen offenen Aufstand Widerstand gegen die bevorstehenden Deportationen der Ghattobewohner in die Vernichtungslager zu leisten. Obwohl klar war, dass dem Aufstand keine Hilfe von außen zuteilwerden konnte, kämpften die jüdisch Verfolgten gegen ihre geplante Vernichtung.

Es war ein vergeblicher Kampf gegen einen übermächtigen Feind, der mit mehr als 2000 SS-, Polizei- und Wehrmachtsangehörigen mit Panzern, Geschützen und Flammenwerfern vier Wochen brauchte, um den Aufstand niederzuschlagen. Und trotzdem machte er Hoffnung, weil er zeigte, dass Widerstand möglich und die Nazis nicht unverwundbar waren. Die Faschisten nahmen blutige Rache und zerstörten das Ghetto vollständig.

Wir halten das Andenken an die Kämpfer des Warschauer Ghetto-Aufstandes und all die Toten in Ehren! Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!



Ehrenmal im Warschauer Ghetto, Foto: Pomnik Bahaterow

Marx zum 200.

Marcus Hummel

Würdigung ist etwas Suspektes, bemerkte Adorno anlässlich Hegels 125. Todestages. Nachgeborene erhöhen sich nicht selten über den Jubilar oder die Jubilarin und maßen sich aufgrund späterer Geburt eine von ihnen vermutlich naiv „Wissensvorsprung“ genannte Überlegenheit über ihn oder sie an. Allein das Denken in der Kategorie „Überlegenheit“ ist freilich völlig verkehrt. Hinzu kommt jedoch, dass diese unbeschwerte Selbsteinschätzung sehr leicht dazu verführt, einfach nur die guten alten Gewissheiten über den „gewürdigten“ Menschen und sein Werk auf- und eher zügig wieder abmarschieren zu lassen. Doch ist es zum 200. Geburtstag eines so erhellenden Theoretikers wie Karl Marx nicht angemessener, die Auseinandersetzung mit seiner Arbeit erneut zu wagen, statt lediglich die Erinnerung daran neu aufzugießen? Mag vielleicht die eine oder andere vertraute Gewissheit erneuter Lektüre gar nicht mehr standhalten? Man bedenke: die Edition der Marx-Engels-Gesamtausgabe ist noch immer nicht abgeschlossen. Von und über Marx dürfte also noch längst nicht alles gesagt sein. Und tatsächlich entpuppen sich einige der mit Haben-wir-schon-immer-so-gemacht-Mentalität gehegten Marx-Allgemeinplätze als fragwürdig.

Nehmen wir die elfte These über Feuerbach: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt drauf an, sie zu verändern.“ Der Vorrang der Praxis scheint klar erkennbar: Weg mit dem Buch, die Ärmel hoch und Spucke in die Hände! Doch muss sich bei dieser Deutung Skepsis nicht schon allein angesichts der enormen theoretischen Anstrengungen regen, die Marx Zeit seines Lebens unternommen hat? Das eine passt nicht recht zum anderen. Nun könnte man allerlei Erklär-Verrenkungen anstellen, um – ganz der Praktiker – das was nicht passt, passend zu machen. Besser ist aber genaues Nachlesen. Denn Marx kritisiert ja nicht, dass interpretiert wird. Sondern er kritisiert, dass nur interpretiert wird und ein Anspruch auf Veränderung der Welt dabei nicht in Betracht kommt. Es kommt also doch auf Theorie an. Sie darf sich nur nicht mit sich selbst begnügen. Wer sich die nicht ganz einfache Lektüre von „Das Kapital“ bislang also mit dem Abspulen der elften Feuerbach-These erspart hat, muss sich entweder eine neue Ausrede suchen, oder schaut einfach mal am Bücherregal oder in der Stadtbibliothek vorbei.

Auch hinsichtlich der Religion, die Opium für das Volk sei, lohnt sich das Nachlesen. Marx schreibt: „Sie ist das Opium des Volkes“. Ist vom Opium für das Volk die Rede, wird Marx ein platte Priestertrugstheorie in den Mund gelegt; heutzutage wäre „Verschwörungstheorie“ wohl nicht die verkehrteste Assoziation dazu. Beim Opium des Volkes wird es ungleich komplexer: natürlich betäubt Opium die Sinne. Das schließt jedoch auch die Linderung von Schmerzen ein.

Das Bedürfnis nach dieser Linderung ist in einer schmerzhaften Welt erst einmal nichts Verwerfliches. Und erst recht muss der „Opium“-Bedarf nicht erst von sinistren Herrschern manipulativ erzeugt werden. Falsch am „Opium“ ist freilich, dass es den Zustand, der Leid bereitet, verstetigt. Aber zugleich spricht es auch die hässliche Wahrheit über diesen Zustand aus: dass dieser ohne irgendwelche Betäubungsmittel unerträglich ist. Dies an sich zum Ausdruck zu bringen, kann gewissermaßen als Verdienst von Religion angesehen werden. Gegen sie einzuwenden ist freilich, dass sie die Ablösung des falschen Zustandes ins Jenseits verschiebt, statt im Diesseits in die Puschen zu kommen. Für die Kritik der Religion bedeutet all das, dass sie keine ist, wenn sie nicht zugleich Gesellschaftskritik ist.

Der nächste Marx-Allgemeinplatz dürfte eher von rechts tradiert werden. Oder gibt es noch Linke, die das Industrieproletariat wie es Marx vor Augen hatte heute noch immer sehen können? Es geht jedenfalls um den Begriff der gesellschaftlichen Klassen. Für gewöhnlich wird „Klasse“ dabei in einem historischen Sinne verstanden. Das heißt, zurückgedacht in Marxens Zeit, dass man zur Arbeiterklasse zählt, weil man als kleines Rad in einem großen Industriebetrieb rotiert. Wird der Klassenbegriff so, also historisch, gefasst, dann ist es nur ein kurzer Weg zu der Feststellung, dass die Marxsche Theorie veraltet sei, da es ja mittlerweile keine Arbeiterklasse mehr gäbe. Tatsächlich ist der Klassenbegriff jedoch strukturell zu verstehen. Ob jemand zur Arbeiterklasse zählt entscheidet sich dann nicht mehr an der Frage, ob er oder sie Stahl kocht oder die Spinnmaschine bedient. Arbeiter ist man stattdessen dann, wenn man über nichts als seine Arbeitskraft verfügen kann und gezwungen ist, diese freiwillig zu Markte zu tragen. Versteht man „Klasse“ in diesem Sinne, lässt sich leicht erkennen, dass die heutige Gesellschaft nach wie vor in Klassen zerfällt. Freilich gab es sozialpolitische Errungenschaften in den letzten 150 Jahren (in den letzten Jahrzehnten leider auch furchtbare Rückschritte), aber hinsichtlich der Verfügung über Produktionsmittel hat die ganz große Mehrheit nach wie vor nichts weiter in petto als ihre Haut, die die Gerberei zu fürchten hat.

Was dagegen zu unternehmen sei? Nun, folgte man einem weiteren Marx-Mythos, dann wäre Abwarten völlig ausreichend. Denn, so wird Marx untergeschoben, die Geschichte laufe notwendig auf die befreite Gesellschaft hinaus. Findet man in frühen Texten von Marx durchaus Aussagen, die einer solchen Auffassung entsprechen, wendet sich Marx in seinem Spätwerk, also auf der Höhe der Kritik der politischen Ökonomie, ausdrücklich gegen solche Vorstellungen. Bedauerlich ist, dass bei diesem Thema der Anti-Dühring von Friedrich Engels größere Bedeutung für die Interpretation von

Marx erlangte als dessen eigene Texte. Denn Engels liefert dort tatsächlich eine Geschichtsmetaphysik ab, die darauf hinausläuft, dass die Menschen sozusagen Günstlinge der Geschichte sind – was auch bedeutet, dass sie Objekte und nicht Subjekte der Geschichte sind. Eine Sichtweise, die gerade das Gegenteil der Marxschen Position ist. Denn mit dem viel zitierten „das Sein bestimmt das Bewusstsein“ – hier gleich die nächste und vielleicht gravierendere Marx-Legende – wird eben gerade kein überzeitliches Existenzgesetz behauptet, sondern der Umstand, dass real das Sein das Bewusstsein bestimmt, gerade kritisiert. Der wahre Zustand wäre nämlich der, in dem die Menschen ihre Lebensbedingungen bewusst bestimmen und nicht blind von diesen bestimmt werden. Dass das Sein das Bewusstsein bestimmt, ist also zutreffend – aber es hat sich gefälligst umgekehrt zu verhalten. Gerade dieser Anspruch begründet die ungebrochene Aktualität des Aufklärers Marx.

Darüber hinaus ist das Marxsche Werk bis heute das eindrücklichste wissenschaftliche Zeugnis dafür, dass Elend und mühselige entfremdete Arbeit inmitten eines unermesslichen materiellen gesellschaftlichen Reichtums nicht bloß moralisch verwerflich sind, sondern schlichtweg obsolet. Eine Einsicht, die so glasklar ist wie die Nacktheit des Kaisers im Märchen. Die sich aber – wie im Märchen – mehrheitlich nicht so recht durchsetzen mag. Allenfalls in Überlegungen zum sogenannten bedingungslosen Grundeinkommen klingt sie an. Diese Überlegungen fallen im weiteren aber meist hinter Marx zurück.

Aber lassen wir an dieser Stelle die Politik einmal sein und machen dem bedeutensten Rasur-Boykotteur überhaupt in Form eines Zitats des von ihm so geliebten William Shakespeare ein kleines Geburtstagsgeschenk: „So, jetzt wird der Wohlstand überreif / Und fällt in den verfaulten Schlund des Todes.“ Na dann: Herzlichen Glückwunsch!

200 JAHRE MARX – ZITAT DES MONATS:



„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt drauf an, sie zu verändern.“

STREITBAR, BÜRGERNAH, SACHORIENTIERT. – Vorschläge für eine Parlamentsreform

MdB Jan Korte, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion

Dass im Bundestag seit Jahren Politik an den Interessen der Bevölkerung vorbei gemacht wird, ist ein wesentlicher Grund für Unzufriedenheit und fehlendes Vertrauen in die Politik. In Kombination mit der intransparenten Art und Weise, wie manche Entscheidungen – zum Beispiel zur Bankenrettung, zur Diesellaffäre oder zu Rüstungsprojekten – zustande kommen, entsteht Misstrauen und Ablehnung gegenüber der Politik der Bundesregierung, aber auch gegenüber der Demokratie an sich. Spätestens nach der letzten Bundestagswahl dürften auch viele in Union und SPD mitbekommen haben, wozu das führen kann. Gerade in einer Zeit, in der das Parlament als Bühne von Hassreden, Fakenews und Verunglimpfungen missbraucht wird, sollten sich die demokratischen Parteien zusammenraffen. Denn klar ist auch: 70 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes muss die parlamentarische Demokratie, müssen Menschenwürde, Rechts- und Sozialstaat mehr denn je gegen Angriffe von rechts verteidigt werden.

Wer Misstrauen und Vorurteile gegenüber der parlamentarischen Demokratie bekämpfen will, muss sie erfahrbarer machen. Es gilt, strukturelle Veränderungen im parlamentarischen System durchzusetzen, die Politik und Demokratie transparenter, nachvollziehbarer, ehrlicher und attraktiver machen. Als Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion habe ich deswegen kürzlich ein Konzept mit sieben konkreten Vorschlägen für eine Parlamentsreform vorgestellt:

1. Debattenkultur lebendiger gestalten.

Der Bundestag muss wieder der Ort der gesellschaftlichen Debatte und des Streits um die besten politischen Lösungen sein. Dort

muss eine wirkliche Auseinandersetzung stattfinden, nicht in geschlossenen Regierungs- oder Koalitionsrunden. Die Redezeiten müssen radikal neu verteilt und der Opposition mehr Platz eingeräumt werden.

2. Öffentlichkeit zulassen. 365 offene Tage - im Jahr.

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel zu mehr Transparenz. Dazu gehört: Grundsätzlich öffentlich tagende, im Internet übertragene Ausschüsse und eine proaktive Veröffentlichung der Dokumente und Protokolle des Parlaments und seiner Ausschüsse.

3. Regierungskontrolle stärken. Vertrauen ist gut. Öffentliche Kontrolle ist besser.

Wir wollen die Regierungskontrolle stärken und die Bundeskanzlerin und die Bundesminister*innen höchstpersönlich bei Fragestunden antworten lassen. Auf Themen, die aus dem Parlament kommen, statt – wie jetzt – vorher von der Bundesregierung vorgegeben werden.

4. Interessen besser aufzeigen. Vertrauen (zurück-) gewinnen.

Eines der wichtigsten Projekte, wie die jüngsten Korruptionsvorwürfe in der parlamentarischen Versammlung des Europarats zeigen, ist eine konsequente Kontrolle von Lobbyisten mit einem verbindlichen, sanktionsbewehrten Lobbyregister und der Verpflichtung von Abgeordneten, Einnahmen auf Euro und Cent genau zu veröffentlichen.

5. Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen.

Eine Reform der Abgeordnetenversorgung durch Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung macht doppelt Sinn: Sie schafft Vertrauen durch Glaubwürdigkeit

und das verbessert die notwendige Solidarität innerhalb der Gesellschaft.

6. Bürger*innen mehr zuhören.

Der Bundestag muss auch für die sogenannten „kleinen Probleme“ ansprechbarer sein. Den Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören, muss einen viel größeren Stellenwert bekommen. Die Umsetzung eines Online-Portals als Diskussions- und Beteiligungsforum geprüft werden.

7. Versorgungsmentalität abbauen.

Die Parlamentarischen Staatssekretäre gehören abgeschafft. Sie sind für die parlamentarische Arbeit nicht nötig und dienen letztlich nur der Versorgung mit gutdotierten Posten.

Bei diesen Punkten dürfen die Bemühungen um die Stärkung der Demokratie nicht aufhören, ein paar Themen möchte ich hier nur anreißen:

Wir müssen das Wahlrecht demokratischer machen. Den Bedenken gegen die Aufblähung des Bundestages ist Rechnung zu tragen. Der Frauenanteil der Abgeordneten ist signifikant zu erhöhen. Der Wahlrechtsausschluss von Menschen mit Vollbetreuung muss wegfallen. Die Fünf-Prozent-Sperrklausel gehört abgeschafft. Wir wollen das Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr. Die Beteiligung durch direkte Demokratie muss ausgebaut werden, denn Demokratie erschöpft sich nicht in zwei Kreuzen aller vier Jahre. Außerdem muss die Parteienfinanzierung strikt begrenzt und transparenter werden.

DIE LINKE hat den Aufschlag zu einer Parlamentsreform gemacht, jetzt ist es an den anderen Fraktionen, sich dieser Initiative im Sinne der demokratischen Erneuerung anzuschließen.

Leserbrief zum Artikel „Zum 25. Zeitungsgeburtstag“

Hella Käthner, BO Bernburg-Talstadt

Diesen Artikel las ich sehr aufmerksam, die Fakten sind interessant. Hierzu meine Empfehlung: Ihr müsstet auch mal die Urheber der „Bernburger Linken Zeitung“ erwähnen. Das war nicht der Genosse Friedrich Schütz, sondern ein paar Genossinnen, wie z. B. Johanna Schröder, Hanna Dietz, Hannelore Holtz, Marianne Berger, Angelika Trench und Hella Käthner. Wir fragten uns immer wieder, wie die Bernburger Bevölkerung über die Lügen und Machenschaften der Treuhand und der damaligen Kohl-Regierung aufgeklärt werden könnten. Denn die meisten Bürger*innen waren nur auf die D-Mark fokussiert und erkannten die Lügen nicht.

Als erstes wurden von uns Flugblätter verfasst und in der Stadt verteilt. Zum 1. Mai 1991 erschien unter unserer Regie eine erste doppelseitige Ausgabe. Hierzu hatten wir Bilder gesammelt, die in den damaligen „bunten Zeitschriften“ zuhauf erschienen und klebten diese auf Papier, welches uns die ehemalige „Kreisleitung der SED“ in Massen überlassen hatte. Auch einen leistungsstarken Kopierer fanden wir vor, mit dem wir jeweils 100 Kopien fertigten. Diese „Bilderzeitungen“, teils mit von uns selbstgeschriebenen Kommentaren, verteilten wir unter den Bürger*innen Bernburgs.

In den Jahren 1991 und 1992 folgten

dann spartanisch mehrere Ausgaben, bereits mit dem schönen, von Georg Karrer besorgten Logo des Bernburger Schlosses, und immer häufiger mit politischen Artikeln. Den ersten richtigen Artikel verfasste Genosse Peter Kaufmann, natürlich zum Thema „Mieten“. Wir bemühten uns weitere Artikel zu verfassen und suchten mehr Schreiber. Bald merkten wir aber, dass das nicht das richtige Mittel zur Information der Bürger*innen war, und so entstand erst einmal eine Lücke in den Gedanken an eine „Linke Zeitung“. Dann nahm sich aber der Genosse Friedrich Schütz der Sache an und es wurde daraus eine regelmäßig erscheinende Zeitung.

#Landtagsticker - Ausgewähltes aus der Landtagssitzung

MdL Kerstin Eisenreich

Abschaffung von Hartz IV – mit einer bedarfsdeckenden sanktionsfreien Mindestsicherung Kinder- und Altersarmut vorbeugen

15 Jahre nach der Einführung von Hartz IV macht sich endlich die Erkenntnis breit, dass dieses System gescheitert ist. Mit dieser Einschätzung verwies Monika Hohmann, Sprecherin für Sozial-, Kinder-, Familien- und Seniorenpolitik, in ihrer Rede eindringlich auf die gravierenden Folgen von Sanktionsandrohungen und Sanktionierungen für die Betroffenen an einem Existenzminimum. Wir fordern daher: „Grundrechte kürzt man nicht“. Mit diesen Bestrafungen sollen Leistungsempfänger geradezu gezwungen werden, Jobs anzunehmen, die weit unter ortsüblichen Vergütungen liegen. Das schafft einen Niedriglohnsektor und führt zu Kinder- und Altersarmut. Deshalb fordern wir mit unserem Antrag die Landesregierung auf, sich im Bundesrat mit einer Initiative für die Abschaffung von Hartz IV einzusetzen. Alle anderen Fraktionen im Landtag haben unseren Antrag abgelehnt.

Werbekampagne für Feuerwehren in der Kritik

Die deutliche Kritik der Feuerwehrverbände an der kürzlich von der Landesregierung vorgelegten Werbekampagne für die Nachwuchsgewinnung in den freiwilligen Feuerwehren haben wir zum Anlass für einen Antrag genommen. In ihrer Rede forderte Katja Bahlmann, Sprecherin für Zivil- und Katastrophenschutz, die Landesregierung daher auf, neue Werbemaßnahmen zu entwickeln und vor allem die Feuerwehrverbände in diesen Prozess stärker einzubeziehen. Der verantwortliche Innenminister Stahlknecht hatte die Kampagne aufgrund der Kritik zwar

zurückgezogen, aber inwieweit die Feuerwehren tatsächlich einbezogen werden, werden wir genau verfolgen und dranbleiben.

Ländlicher Raum und NATURA2000

Gleich mehrere Anträge und eine Aktuelle Debatte befassten sich mit dem Ländlichen Raum, Agrar- und Umweltthemen. Die jahrelange Vernachlässigung des ländlichen Raumes hat schwerwiegende Folgen für ganze Regionen. Um diese Entwicklung aufzuhalten und wieder rückgängig zu machen, die Attraktivität zu stärken, sind Wertschöpfungsstrategien notwendig. Allerdings sind die Vorschläge der Regierungskoalition weder neu noch versprechen sie dauerhafte und nachhaltige Änderungen, wenn nicht endlich an deren Umsetzung gearbeitet wird, um langfristig Arbeitsplätze zu schaffen und die Wertschöpfung zu steigern.

Unter immer wiederkehrenden Milchkrisen leiden die Milchbauern im Land immer wieder und viele haben inzwischen aufgeben müssen, weil die Preise nicht mehr ihre Erzeugerkosten decken. Deshalb soll europaweit die Marktbeobachtung dazu dienen, dass bei absehbarer Unterschreitung eines auskömmlichen Erzeugerpreises ein mehrstufiges System zur Beherrschung einer solchen Krise eingeleitet wird. Dabei ergeht eine Frühwarnung, damit die erzeugte Milchmenge reduziert wird und Preiseinbrüche vermieden werden.

Das Thema NATURA2000 beschäftigt viele Menschen im Land. Allerdings hätte sich Sachsen-Anhalt bereits vor Jahren mit der Umsetzung der Naturschutzvorgaben der EU beschäftigen müssen, denn die Richtlinie stammt aus dem Jahr 2000. In einem sehr umfangreichen Beteiligungsprozess zur Er-

stellung der Landesverordnung haben Verbände, Verwaltungen, Land- und Forstwirte sowie Anwohner*innen 3500 Einwendungen vorgebracht. Diese müssen nun bewertet werden. Der umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange sagte in seinem Beitrag zur Aktuellen Debatte unter anderem, dass Naturschutz eben nicht freiwillig, aber andererseits nur mit praktikablen Lösungen funktioniert.

Gesunde Ernährung von KiTa- und Schulkindern – Links wirkt

Im Juni 2017 hat die Fraktion DIE LINKE einen Antrag „Gesunde Ernährung von Kita- und Schulkindern“ gestellt. Dabei geht es darum, Kinder frühzeitig an das Thema gesunde Ernährung heranzuführen. Außerdem wollen wir, dass zur Verbesserung der Ernährungsgewohnheiten von Kindern und Jugendlichen und auch im Sinne regionaler Wertschöpfung vor Ort Eigenversorgungseinrichtungen der Schulspeisung eingerichtet werden können. Dazu sollen EU-Mittel genutzt werden können. Da die EU Schulobst- und Schulmilchprogramm zusammengelegt hat, werden im Land Mittel frei, die aus unserer Sicht weiter für dieses Programm zur Verfügung zu stellen sind. Dieser Antrag wurde in vier Fachausschüssen diskutiert. Allerdings konnten sich weder der Bildungs- noch der Finanzausschuss dazu durchringen, unserer Forderung nach einem Investitionsprogramm für die Einrichtung von Schulspeisungen zuzustimmen. Trotzdem – Links wirkt, denn immerhin fanden die anderen beiden Punkte breite Unterstützung, weshalb diese nun von der Landesregierung umgesetzt sind. Darüber hinaus fordert er Landtag regelmäßige Berichterstattung der Landesregierung in den Fachausschüssen.

Wahlkreis mit MdL Eva von Angern

Sabine Dirlich, stellvertretende Ortsvorsitzende DIE LINKE Schönebeck

Bei einem weiteren Wahlkreis mit Eva von Angern in Schönebeck, machte sich die Landtagsabgeordnete Eva von Angern (DIE LINKE) mit der städtebaulichen Entwicklung in Schönebeck und mit den Angeboten der AWO bekannt. Begleitet wurde sie von Sabine Dirlich, Christa Beier und Andreas Schneidewind.

Frau Meyer und Herr Fiedler von der Städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft Schönebeck zeigten ihr in eindrucksvoller Weise, wie unternehmerisches Denken und Kommunales, sowie soziales Denken zusammenpassen. So lernte Eva von Angern mit dem Projekt „Anker“ das Kompetenzzentrum Demenz kennen. Hier wird der Grundsatz „ambulant vor stationär“ umgesetzt, das es älteren und demenzkranken Menschen erlaubt, solange wie möglich in einer eigenen Häuslichkeit zu leben.

Große Anerkennung fand bei der Landtagsabgeordneten auch das städtebauliche Engagement der SWB, das in Schönebeck an so vielen Stellen nicht nur den Stadtbau voranbringt und Altes ersetzt, sondern ein vielfältiges lebenswertes Umfeld für die Mieter*innen der SWB schafft. Es macht großen Spaß, mit Frau Meyer und Herrn Fiedler durch Schönebeck zu fahren und sich die Früchte ihrer Arbeit voller Stolz präsentieren zu lassen.

Am Nachmittag kam Eva von Angern in der Kreisgeschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt in der Otto-Kohle-Straße mit der Geschäftsführerin der AWO, Ines Grimm-Hübner und einigen ihrer Kolleginnen zu einem Gespräch über die sozialen Probleme im Salzlandkreis und über Problemlösungsstrategien, zusammen. Eva von Angern, die sich stark im landesweiten „Netzwerk gegen Kinderarmut“ engagiert, interessierte sich besonders

für die Umsetzung der Hilfen zur Erziehung im Salzlandkreis. Dabei wurden wir von Manuela Held von der sozialpädagogischen Familienhilfe auf Probleme aufmerksam gemacht, um die sich nun auch die Kreisstadtfraktion der LINKEN kümmern muss, deren Vorsitzende Sabine Dirlich ja beim Gespräch anwesend war.

Weitere Begegnungen sind bereits geplant, weil Eva von Angern auch das Haus Achterbahn kennenlernen und mit seiner Leiterin Sabine Keitz weiter im Gespräch bleiben will und sich für die Vorhaben der Mitglieder des Kreisjugendwerks der AWO und der Leiterin des „Teen Club“ Barby, Vanessa Krüger, interessiert.

Da die Anliegen der Suchtberatung ein wenig zu kurz gekommen sind, steht sicher auch ein weiterer Besuch bei der Leiterin Katrin Bock an.

Aus dem Staßfurter Stadtrat: Oberbürgermeister scheiterte an der Mehrheit

Klaus Magenheimer, Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Staßfurt

Es wurde die erwartete spannungsgeladene Tagung – nicht nur wegen abgesetzter Tagesordnungspunkte. Schon im Vorfeld drangen brisante Vorhaben an die Öffentlichkeit, das wollte der OBM natürlich nicht und lief dagegen in der Presse Sturm.

Er wollte einen langjährigen, traditionsreichen Verwaltungsstandort im Zentrum der Stadt räumen. Im Gegenzug sollte dafür als Ersatz die langfristige Einmietung in den Verwaltungssitz der Kreis Sparkasse am Rande der Stadt erfolgen. Als Grund für die Aufgabe des Hauses als Verwaltungssitz wurden umfangreiche Sanierungs- und Sicherheitsmaßnahmen, unter anderen auch der Einbau eines Fahrstuhles, benannt. Es wurde eine große erforderliche Investitionssumme aufgelistet, die auch das Ziel hatte, vor der weiteren Nutzung abzuschrecken.

Die Mitglieder der Fraktion hatten sich in mehreren Ausschusssitzungen und in zwei Fraktionssitzungen mit diesem Thema befasst und ihre Standpunkte umfangreich ausgetrieben. Dabei verschlossen sie nicht ihre Augen vor den erforderlichen Baumaßnahmen in diesem einst als Hotel errichtetem Verwaltungs-

sitz. Als ein sehr schlechtes Zeichen empfanden sie jedoch die Absicht, aus dem schon wenig belebten Stadtzentrum wegzuziehen. Schon allein deshalb, weil sich Stadtverwaltung, Stadtrat und beauftragte Beraterunternehmen bemühen, den Standort mit der umgebenden Steinstraße wieder attraktiv zu machen. Als wenig motivierend für einen Einkaufs- und Verweilaufenthalt finden sie die vielen leeren Geschäfte. Daran wird sich auch nichts ändern, wenn die Objekte in der Nacht beleuchtet werden. Auch konnten wir uns nicht damit abfinden, dass es für die Nachnutzung des Hauses noch keinen Interessenten gibt. Wir befürchten: Erst einmal ausgezogen, dem Leerstand ausgesetzt, geht es dem Haus wie einer Reihe anderer in diesem Bereich – sie verfallen.

In umfangreichen Debatten wurde an der Veränderung der Beschlussvorlage so gefeilt, dass die Absicht der Stadträte im Umgang mit dem Haus in aller Öffentlichkeit beraten werden musste. Wir hatten uns soweit verständigt, dem nichtöffentlichen Beschlussvorschlag die Zustimmung zu verweigern. Unserer Haltung kam der Sachantrag der Fraktion UWG Salzland/AfD entgegen, den Oberbürgermeister zu

beauftragen, den baulichen Erhalt des Verwaltungsstandortes zur Nutzung für die Stadtverwaltung durch Sanierungsmaßnahmen zu sichern.

In der Stadtratsdebatte unterstützten unsere stellvertretende Stadtratsvorsitzende Bianca Görke und unser Kulturausschussvorsitzender Gerhardt Wiest mit stichhaltigen und einleuchtenden Argumenten den Kampf um den Erhalt dieses Hauses als städtische Einrichtung. Dabei entkräftete Bianca Görke auch den Vorwurf von einem AfD-Stadtrat, alles was von ihnen käme, würde von vornherein abgelehnt. Aus langen Debatten in der Vergangenheit wissen wir, dass im Stadtrat die Vorschläge nicht von ihnen kommen, sondern von anderer Seite. Nach weiteren Wortmeldungen für und gegen den Sachantrag erfolgte die namentliche Abstimmung. Von den 30 einschließlich dem OBM Anwesenden, stimmte eine deutliche Mehrheit von 17 für den Antrag zur Beauftragung des Stadtchefs, 10 waren dagegen und 3 enthielten sich. Der für den nichtöffentlichen Teil vorgesehene Einmietungsbeschluss war somit vom Tisch.

„Anhalt in Action“ im Wahlkreisbüro

Jörg Lemmert, Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Bernburger Wahlkreisbüro von MdL Doreen Hildebrandt und MdB Jan Korte dreht sich gerade alles um Sport, genau genommen um Sportfotografien, die bei den Spielen der Handballer vom SV Anhalt Bernburg e.V. entstanden sind. Die Bernburger Fotografin Heike Gehrke ist bei fast jedem Spiel dabei und hält packende Zweikämpfe, den Torjubel der Spieler und die Emotionen der Fans im Bild fest. Die beiden Abgeordneten hatten die Ausstellung Anfang April bei vollem Haus eröffnet. Neben vielen Fans ließen sich dabei auch einige Spieler des Drittligen blicken.

Die Ausstellungseröffnung nutzte Jan Korte auch um seine Mitgliedschaft im „Club der 100“ erneut zu verlängern. Bereits seit 2010 unterstützt er die Bernburger Handballfans. Der Fanverein „Bärenpower“ finanziert mit diesem Spendenprojekt zum Beispiel Fahrten zu Auswärtsspielen. Steffen Spott vom „Bärenpower“-Vorstand nahm den 100 Euro-Mitgliedsbeitrag entgegen und organisierte spontan ein Erinnerungsbild mit Anhalt-Spielern.



Jan Korte und Fotografin Heike Gehrke, Foto: privat

Bis zum 31. Mai können die Bilder jetzt im Bernburger Wahlkreisbüro bestaunt und auch erworben werden. Gegen eine Spende, die dem Nachwuchs der Hand-

baller zu Gute kommen wird, gibt Heike Gehrke ihre Werke gerne an interessierte Bürger*innen ab.

Linke-Landtagsfraktion unterstützt den Warmsdorfer Sportverein

Ernst H. Brink,
Ortsverband DIE LINKE Saale-Wipper

Der sehr stark sanierungsbedürftige und mittlerweile viel zu kleine Containerbau des Warmsdorfer Sportvereins soll durch ein neues Vereinsheim ersetzt werden. Dafür konnte der Verein das Land Sachsen-Anhalt und die Lotto Toto GmbH überzeugen, sich mit Fördermitteln zu beteiligen. Dies bedeutet, dass der Verein einen Eigenanteil von 47.115,75 € zu leisten hat. Mit der Spende von 300 € unterstützen die Linken-Landtagsabgeordneten den Warmsdorfer Sportverein.

Darüber freuten sich nicht nur der Vorsitzende, sondern auch die kleinen Nachwuchskicker. MdL Doreen Hildebrandt ließ sich den geplanten Neubau von Gunter von Kalnassy genau erläutern. Beeindruckt zeigte sie sich von der sehr erfolgreichen Nachwuchsarbeit des Sportvereins. So befinden sich 4 Mannschaften im Jugendbereich im Spielbetrieb. Dazu kommt die im Aufbau befindliche G-Jugend (Bambini), die während der Spendenübergabe mit dem Training begann. Alle Anwesenden stellten fest: „Mit dem Neubau wird die Sportanlage wieder auf ein zeitgemäßes Niveau gebracht und das Image, sowie die Attraktivität des Vereins und der Gemeinde deutlich verbessert.“ Daneben ist Sport mehr als nur Bewegung. Sport ist Integration, Identität, Gesundheitsprävention und trägt in hohem Maße zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Der Vorstand und die Trainer führen die Jugendspieler an die Herrenmannschaften heran und vermitteln Ihnen neben Toleranz, Fairness, Teamgeist, Respekt und Grundprinzipien eines sozialen Miteinanders das Erlernen von Ordnung, Zielstrebigkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Ehrgeiz. Das Training und der Spielbetrieb dienen der Förderung und Ausbildung der körperlichen, geistigen und sozialen Eigenschaften der Kinder und Jugendlichen.

Der Warmsdorfer Sportverein mit 134 Mitgliedern, davon 80 Kinder und Jugendliche, bietet allen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Das neue Vereinsheim kann auf Grund seiner funktionellen Bauweise und der Lage auch über den Sport hinaus als Versammlungs- und Veranstaltungsort genutzt werden. Die Landtagsabgeordnete Doreen Hildebrandt bot an, wenn das Gebäude steht, auch im nächsten Jahr bei der Ausstattung zu helfen.



300 € für den SV Cochstedt

Jörg Lemmert, Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Jan Korte war am 9. April in Cochstedt zu Gast, um einen Scheck über 300 € zu überreichen.

Bereits letzten Sommer war der Abgeordnete mit Wolfgang Weißbart, Ortsbürgermeister und Vorsitzender des SV Cochstedt, im Hecklinger Ortsteil unterwegs. Beim Ortsrundgang erfuhr er u.a. von den dringend sanierungsbedürftigen Umkleidekabinen der Fußballmannschaft und empfahl deshalb einen Antrag an den Förderverein der Bundestagsfraktion. Dieser schüttet Geld für Projekte in den Wahlkreisen der Abgeordneten aus, die wieder-

um einen Teil ihrer monatlichen Diäten in den Topf des Vereins spenden.

Die Antragstellung war erfolgreich und Jan Korte konnte den Scheck jetzt an Wolfgang Weißbart und weitere Mitglieder des SV Cochstedt überreichen. Die Sanierung der Kabinen geht, auch dank der Unterstützung weiterer Sponsoren wie der Sparkasse, gut voran und auch sportlich läuft es bei den Cochstedtern optimal. Als Tabellenführer der 1. Kreisklasse hat die 1. Männermannschaft den Aufstieg fest im Blick.



Scheckübergabe vorm Sportlerheim, Foto: privat

Landkreis bei Krankenhausversorgung weiter in der Pflicht

Christian Jethon, stellvertretender Vorsitzender der Kreistagsfraktion

Die Kreistagsfraktion geht davon aus, dass der Landkreis trotz des Verkaufs der Salzlandkliniken an Ameos weiterhin den Sicherstellungsauftrag für die stationäre Gesundheitsversorgung der Bürger innehat. Dies ergibt sich für uns aus Paragraph 1 des Krankenhausgesetzes.

Insofern hat sich auch der Kreistag mit den offensichtlichen Defiziten bei den privaten Krankenhausbetreibern - insbesondere bei Ameos - zu befassen und darauf zu drängen, dass diese schnellstmöglich behoben werden.

Gleichzeitig ist der Landesgesetzgeber aufgefordert, Parameter festzulegen, anhand derer die Kommunen in die Lage versetzt werden, die privaten Krankenhausbetreiber entsprechend zu kontrollieren und gegebenenfalls zu sanktionieren. Der Krankenhausplan, an dessen Erstellung die Kommunen im Übrigen nur beteiligt sind, wenn sie selbst Krankenhäuser betreiben - ist dafür aus Sicht der Fraktion in der jetzigen Form kein

geeignetes Mittel, da darin u. a. keine Bettenzahlen festgeschrieben sind.

Der Landrat ist aufgefordert, beim Land die Konkretisierung des Sicherstellungsauftrages einzufordern und gleichzeitig die strukturellen und organisatorischen Voraussetzungen innerhalb der Kreisverwaltung zu schaffen, um insbesondere mit Blick auf die Probleme bei Ameos die Krankenhausversorgung der Bevölkerung sicherzustellen.



**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Mai
recht herzlich**

Zum 95. Geburtstag
Anneliese Friedrich

Zum 94. Geburtstag
Rudi Zinnick

Zum 93. Geburtstag
Elly Richter

Zum 90. Geburtstag
Frieda Wunderling

Zum 89. Geburtstag
Manfred Tischer

Zum 86. Geburtstag
Lieselotte Röhreich
Hans Wrkoslav

Zum 83. Geburtstag
Adelheid Müller
Walter Blauwitz

Zum 81. Geburtstag
Heinz Schönfelder
Inge Werner

Zum 65. Geburtstag
Renate Meyer

Zum 60. Geburtstag
Elke Reinke
Halka Ziegler



**Wir gratulieren auch allen
anderen Leser*innen, die im
Mai Geburtstag haben.**

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE.
im Kreistag Salzlandkreis**

Die Kreistagsfraktion führt ihre
nächsten Sitzung am **04.06.2018** um
18 Uhr im Staßfurter Fraktionsbüro
(Löderburger Straße 94) durch.

„Kaffee mit LINKS“ in Bernburg

Am **13.06.2018 ab 16 Uhr** gibt es die
nächste Gelegenheit, im Bernburger
Wahlkreisbüro bei Kaffee und Kuchen
ins Gespräch zu kommen.

**1. Tagung des 6. Parteitages vom
08.-10.06.2018**

Mehr Infos zum Parteitag in Leipzig
auf www.die-linke.de

Landesparteiitag am 23.06.2018

Mehr Infos zum Landesparteiitag in
Benndorf gibt es auf
www.dielinke-sachsen-anhalt.de

Fest der Linken in Berlin

Das Programm zum Fest am
23.06.2018 auf
dem Rosa-Luxemburg-Platz gibt es
auf www.fest-der-linken.de

**Kommunalpolitische Klausur im
Salzlandkreis**

Am **02.06.2018 ab 10 Uhr** in der
Sommerscheune in Bernburg-
Aderstedt (Hauptstraße). Zusammen
mit Gerald Grünert werden u.a. fol-
gende Themen diskutiert: Kommunal-
abgaben und kommunale Gemein-
schaftsarbeit. Anmeldung unter
ktf@dielinke-salzlandkreis.de



Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder
am **23.05.2018 um 18 Uhr** im
Staßfurter Fraktionsbüro
(Löderburger Straße 94).

ClimatePartner[®]

klimaneutral

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde
klimaneutral auf Recyclingpapier
gedruckt.

Einsendeschluss für die nächste

**DLZ ist der 25. Mai 2018.
Redaktionsschluss für diese
Ausgabe war
der 27. April 2018.**

Nachruf

In stiller Anteilnahme
Edeltraud Mäkel

OV Könnern
Kreisvorstand



Nachruf

In stillem Gedenken
Willi Wolter

OV Bernburg
Kreisvorstand



Nachruf

In stillem Gedenken
Horst Osterloth

OV Staßfurt
Kreisvorstand



„Frühstück mit LINKS“ in Bernburg

Am **28.05.2018 um 10 Uhr** freuen
wir uns auf Peter Kaufmann vom
Mieterverein als Gesprächspartner im
Bernburger Bürgerbüro.

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Stefan Deutschmann

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach
Redaktionsschluss eingegangenen
Artikeln kann die Veröffentlichung nicht
garantiert werden.